Oberamtsstadt Neuenbürg.
Sitzung d. Gemeinderats
am Dienstag, den 31. Mai
abends 6 Uhr.
Tagesordnung:
Hauptamtl. Anstellung des Stadtbaumeisters,
Bausachen,
Lernmittelfreiheit der Volksschule,
Rechnungssachen,
Sonstiges.
Stadtschultheiß Knode.

Neuenbürg.
Sensen,
Sicheln,
Wetzsteine,
Wörbe,
Vogelgeschirr,
Heugabeln,
Dunggabeln,
Heurechen,
Gartengeräte,
Gießkannen
empfiehlt in empfehlender Erinnerung
Theodor Weiss,
Inhaber: Martin Luta.

Günstige Kaufgelegenheit!
Ein
Schiedmayer-Pianino,
wenig gespielt, unter Garantie
Wert zu verkaufen.
A. Uebel, Pianolager,
Pforzheim, Westl. 51.

Tüchtiges
Mädchen
mit hohem Lohn sofort gesucht.
W. Wurster Calw.

Ach.
von 10 Uhr ab eine
Der
Mäuferschweine
zum Verkauf und lade
Schweinehändler.

Arbeiter.
eisenstark
zu 45.- M
Verlage
heim, Leopoldstr. 7a.

Ziehharmonikas
Hohnloser
Tirol)
Bergstraße 27.
neue Bälge inner-
en auf neue
en.

riefe
nachdruck
chdruckerei,
em.

Bezugspreis:
vierteljährlich in Neuenbürg ℳ 15.75. Durch die Post im Orts- und Oberamts-Verkehr sowie im sonstigen inländ. Verkehr ℳ 17.60 m. Postbest.-Geld.
Bei Fällen von höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.
Girokonto Nr. 24 bei der Oberamts-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Druck und Verlag der G. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis
die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 80 ₰, Reklamen-Zeile ℳ 1.20, bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt, der beim Rückstande des Beitreibungsverfahrens hinfällig wird.
Schluß der Anzeigenannahme Morgens 10 Uhr.
Fernsprecher Nr. 4.
Für telefon. Aufträge keine Gewähr. Für schwierige Sätze keine Gewähr.

№ 122 | Neuenbürg, Dienstag den 31. Mai 1921. | 79. Jahrgang.

Deutschland.

Leipzig, 30. Mai. Der nächste „Kriegsverbrecherprozeß" beginnt am Dienstag, den 31. Mai, 9 Uhr. Die Anklage richtet sich gegen den Arbeiter Robert Neumann aus Güstrow wegen Gefangenenmißhandlung. Verteidiger ist Justizrat Lurje in Berlin.

Berlin, 28. Mai. Der preußische Staatsrat beriet gestern den preußischen Etat für 1921. Man rechnet mit einem Fehlbetrag von 2,3 Milliarden, der sich wahrscheinlich auf 3,3 Milliarden noch erhöhen dürfte. — Den neuen Eisenbahntariferhöhungen, die am 1. Juni dieses Jahres im Reich in Kraft treten, hat die Interalliierte Rheinlandkommission nicht zugestimmt. Infolgedessen behalten innerhalb des besetzten Gebietes die alten Preise ihre Gültigkeit. Bei Reisen aus dem besetzten ins unbesetzte Gebiet kommen jedoch die neuen Tarife nicht in Anwendung. — Professor Friedrich Wilhelm Förster, der bekannte Friedensfreund, der im evangelischen Vereinshaus in Mülhausen im Elsaß sprechen sollte, erhielt von der französischen Regierung keine Einreiseerlaubnis. — Die Auflösung der Freiwilligenverbände in Oberschlesien war bis Samstag beendet. Der Abtransport aus Schlesien konnte dagegen nicht durchgeführt werden und kann erst Mitte der Woche zum Abschluß kommen. — Festgestellte Vorbereitungen der polnischen Insurgenten in Oberschlesien bestätigen die Ansicht, daß Korfantys Unterwerfung nichts weiter ist als ein neuer Kniff. — Am 23. Mai ist ein Telegramm aus Kattowitz an den amerikanischen Staatssekretär in Washington abgegangen, in dem die amerikanische Regierung auf Oberschlesien aufmerksam gemacht und um durchgreifende Abhilfe gebeten wird.

Oppeln, 29. Mai. Hier sind bis Sonntag abend 4500 Engländer eingetroffen, weitere Engländer sollen im Anrollen sein. Sie führen ungewöhnlich reiches Artilleriematerial mit sich, auch viele Tanks. Der Vormarsch der Engländer in das Abstimmungsgebiet beginnt am Montag früh.

Rathenau Wiederaufbau-Minister.

Wie die „Tauberzeitung" hört, hat der Reichspräsident Dr. Walter Rathenau zum Reichsminister für Wiederaufbau ernannt.

Die englische Regierung für Zuteilung des Industriegebiets an Deutschland.

Berlin, 30. Mai. Die englische Regierung wünscht, wie aus London gemeldet wird, für die bevorstehende Konferenz des Obersten Rates über die oberschlesische Frage von der Bestimmung des Friedensvertrages Gebrauch zu machen, wonach wirtschaftliche und geographische Rücksichten für die Grenzführung ebenso bestimmend sein sollen wie das Ergebnis der Abstimmung. Das würde nach englischer Auffassung bedeuten, daß die umstrittenen Industriegebiete an Deutschland gegeben würden. In Londoner Regierungskreisen sieht man die umstrittenen Gebiete als eine wirtschaftliche Einheit an, deren Teilung schwere wirtschaftliche Folgen nach sich ziehen würde. In dieser Beziehung befindet sich die englische Regierung im Gegensatz zu der italienischen Auffassung.

Die Zahlung der Milliarde.

Wie das Reichsfinanzministerium mitteilt, ist die deutsche Regierung verpflichtet, für die Summe, die von der nach Nummer 5 des Londoner Ultimatums zu entrichtenden einen Milliarde Goldmark bis zum 31. Mai 1921 in Gold oder Devisen noch nicht bezahlt ist, Schatzwechsel mit dreimonatiger Laufzeit zu liefern, die die Indossamente der Banken — Darmstädter Bank, Deutsche Bank, Diskonto-Gesellschaft und Dresdener Bank — tragen müssen. Die genannten Banken haben sich bereit erklärt, die Schatzwechsel im Betrage von 870 Mill. Goldmark unentgeltlich mit ihren Indossamenten zu versehen. Diese sind am 28. Mai an die Reparationskommission abgesandt worden. Mit der Uebergabe der Schatzwechsel ist die Verpflichtung, innerhalb 25 Tagen vom Ultimatum ab eine Milliarde Goldmark zu zahlen, rechtzeitig erfüllt worden.

Ausland.

Paris, 30. Mai. Ungarn teilte dem Sekretär des Völkerbunds offiziell mit, daß es beabsichtige, die nächste Völkerbundsversammlung um seine Aufnahme in den Völkerbund zu ersuchen.

London, 30. Mai. Lloyd George hat an die Bergwerksbesitzer und Bergarbeiter ein Ultimatum gerichtet, indem er erklärt, daß die Angelegenheit durch einen Schiedsspruch geregelt werden würde, da es ausgeschlossen sei, daß sich die beiden streitenden Parteien zu einem Ausgleich aufraffen könnten. Entweder soll ein Nationalrat gebildet werden, der die Höhe der Löhne bestimmen soll, oder ein Schiedsgericht, dessen Spruch sich beide Parteien zu unterwerfen hätten.

Der Kuhhandel mit Oberschlesien.

Genf, 29. Mai. Wie sich aus offiziellen Aeußerungen der Pariser Presse entnehmen läßt, wird Frankreich bei der bevorstehenden Konferenz des Obersten Rates seine Pläne hinsichtlich Oberschlesiens dadurch zu verwirklichen suchen, daß es England neuerdings Zugeständnisse in europäischen Fragen anbieten wird. In dieser Angelegenheit verlangen heute Pertinax und Herbette übereinstimmend, daß die Beratungen der Konferenz erweitert würden und daß die Entente versuchen solle, ein neues, großzügiges Defensivsystem zu gründen, das allen ihren Mitgliedern unbedingt Schutz gewährt. Herbette bemüht sich, die Pläne dadurch zu unterstützen, daß er auf die großen Gefahren hinweist, die England gegenwärtig an allen Ecken der Welt bedrohen. Er sucht weiterhin auch Italien zu verpflichten, indem er sagt, Frankreich werde Italien in der Frage der österreichischen Alpenländer in dem Maße unterstützen, in dem es selbst die Unterstützung Italiens in der oberschlesischen Frage erhält. Es ist also nach diesen offiziösen französischen Aeußerungen ohne Zweifel, daß, wenn die Pariser Absichten in Erfüllung gehen, in Boulogne wieder ein Tauschgeschäft zwischen den Alliierten auf Kosten Deutschlands erfolgen wird. Unter diesen Umständen ist es verwunderlich, daß alle beteiligten Kreise an ihrer Auffassung festhalten und zu keinem Zugeständnis bereit scheinen. Nach Londoner Meldungen des Petit Parisien" haben die bisherigen Verhandlungen zwischen Paris, London und Rom zu keinem Ergebnis geführt und die diplomatische Lage hat infolge dessen keine Veränderung erfahren.

Abgeliefertes österreichisches Kriegsmaterial für Polen.

Wie die „Deutsch-Oesterreichische Zeitung" aus zuverlässiger Quelle erfährt, werden jetzt täglich aus Wöllersdorf und den anderen staatlichen Munitionsfabriken Waggons und oft ganze Züge Kriegsmaterial nach Wiener Neustadt dirigiert, wo sie als Maschinen und Eisenwaren deklariert nach Polen abgehen. Die falsche Deklarierung geschieht mit Zustimmung des österreichischen Finanzministeriums. Um ganz sicher zu gehen, wurde schon vor drei Monaten die Kontrolle über die Transporte den Zollbeamten entzogen. Ein weiterer Erlaß der Regierung bestimmt, daß die mit abzuliefernder Munition beladenen Waggons keiner vollamtlichen Behandlung unterzogen werden. Es handelt sich bei diesen Munitionstransporten um Material, das Oesterreich nach dem Friedensvertrag an die Entente abzuliefern hat.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 31. Mai. Der neue Fahrplan, welcher den amtlichen Stellen erst heute vormittag zuging, weist in

Richtung Pforzheim

folgende Aenderungen für die hiesige Station auf: Zug 948 bisher nur Werktags um 6,15 verkehrend, geht künftig Sonn- und Feiertags 6.13 ab, Zug 966, seither 9,51, künftig 9,45, ein neuer Zug 956 ab 4.33, Zug 988, seither 5.22, künftig 5,15, Zug 994 verkehrt 6,59; der letzte Zug talaus 8,10 bleibt ebenfalls bestehen.

Richtung Wildbad.

Zug 951 Werktags seither 7,33, künftig 7,20, Zug 957 Sonntags bisher 8.28, künftig 7.48, ein weiterer Zug 961 verkehrt 8.19, Zug 971 bisher Sonntags 2,56 verkehrt künftig täglich zur selben Zeit. Die Züge 955 u. 959, bisher ab Pforzheim 3,49 bezw. 3,59 gehen dort ab 3,50 bezw. 4,00 und treffen hier ein 4,16 bezw. geht Zug 959 hier ab 4,30 statt bisher 4.22, Zug 975 bisher 6.40, künftig 6,39, Zug 985 bisher 9.10, künftig schon 8.44. Neu ist ein Nachtzug 989 ab 10.21, Wildbad an 10.52. Bei allen übrigen Zügen traten Aenderungen nicht ein.

Neuenbürg, 30. Mai. „Versammlungsmüde", mit diesem Ausdruck dürfte es bezeichnet werden, wenn die meisten Versammlungen unserer Zeit, soweit sie mit politischen Dingen zusammenhängen, mehr oder weniger von den breiten Massen schwach besucht sind; eine große Gleichgültigkeit hat allenthalben bei einem großen Teil unseres Volkes angesichts der innen- und außenpolitischen Begebnisse eingerissen, die ihre Ursache hauptsächlich darin finden dürfte, daß viele sich sagen, es hat ja doch keinen Wert, wie man sich zu den politischen Vorgängen stellt, unsere Feinde machen mit uns doch, was sie wollen. Ein Standpunkt, den man durchaus nicht gutheißen kann, denn mit dem Kopfhängen und gleichgültig in den Tag Hineinleben wird es eher schlimmer denn besser, außerdem ist es eines Volkes wie des deutschen unwürdig. Auf diese Weise ist es erklärlich, wenn die meisten politischen Versammlungen einen schwachen Besuch aufweisen. Das war auch bei der von der Sozialdemokratischen Partei auf letzten Samstag in den „Bären" einberufenen Volksversammlung der Fall, in welcher Stadtvikar Eckart aus Pforzheim über das Thema sprach: „Christentum und Sozialismus". Nach einleitenden Begrüßungsworten von Vorstand Dietrich verbreitete der Redner sich in 1½ stündiger temperamentvoller Rede über dies nicht uninteressante Thema. Einleitend führte er aus, daß vielfach in Arbeiterkreisen noch Unklarheit darüber herrsche, wie sich Christentum und Sozialismus zu einander verhalten, und daß viele meinen, ein Christ könne überhaupt kein Sozialdemokrat sein, und wiederum andererseits viele glauben, als Sozialdemokraten können sie überhaupt nichts mit dem christlichen Glauben und der Religion zu tun haben. Der im sozialistischen Parteiprogramm niedergelegte und vielfach stark angegriffene Satz „Religion ist Privatsache" bringe nicht das zum Ausdruck, was man für die Kirche fühle. Auch die hieraus abgeleiteten Zitate, wie z. B. „Religion und Sozialismus vertragen sich wie Feuer und Wasser" treffen nicht das richtige. Religion sei der Sozialdemokratie insofern Privatsache, als sie es als eine Angelegenheit jedes einzelnen betrachtet, darüber zu denken, wie er es für gut findet, und sich in dieser Hinsicht weder von einer staatlichen oder sonstigen Behörde etwas vorschreiben läßt. Theoretisch sollte zwischen der Kirche und der Sozialdemokratie eigentlich strengste Neutralität herrschen, aber in der Praxis sei es wie in vielen anderen Dingen ganz anders, da wachse es sich zu einem scharfen Gegensatz aus, und so herrschen auch zwischen Sozialdemokratie und Kirche Gegensätze, Widersprüche und Kämpfe, die nicht überboten werden können. Redner bezeichnete es als eine Lächerlichkeit, wenn man der Sozialdemokratie vorwerfe, ihre Anhänger glauben nicht an Gott, sie leugnen Gott. Allerdings, niemand habe Gott je gesehen, niemand könne ihn in seinen menschlichen Begriffen fassen. Wir von der Sozialdemokratie wehren uns dagegen, daß man uns bestimmte Begriffe von Gott aufzwingt. Gott habe nichts mit den Zusammenhängen des Krieges zu tun; der Krieg entspringe aus der Machtsucht, die sich auswirke aus der imperialistischen Tendenz und der Selbstsucht der Völker, dem Hunger nach neuen Absatzgebieten, aus der menschlichen Unvollkommenheit. Gott wolle, daß alle Menschen untereinander Brüder werden, als freie Persönlichkeiten, nicht als Herren und Knechte. Demgemäß sei die Ueberzeugung der Sozialdemokratie, daß all das Erdenleid und -Elend gemeinsam von allen Menschen getragen werden müsse. Der Vorwurf, die Sozialdemokratie glaube an keinen Gott sei ebenso eine Lüge, wie die Behauptung, sie wolle die Ehe und die Familie abschaffen Unsinn sei. Die so reden, hätten kein neutrales Urteil. Die meisten Ehen werden in der neuesten Zeit gebrochen, bevor sie überhaupt geschlossen sind, weil alles auf materieller Grundlage beruhe, wenn man fragt, wie viel hat sie Geld, welchen Beruf hat er? Auf solcher Grundlage geschlossene Ehen hätten keinen festen Bestand; die Folgen seien Gegensätze und Vorwürfe, und dann werde die Ehe zu einem Fessel, welche die Menschen zusammen zwinge. Nicht die Sozialdemokratie zerstöre die Ehe, sondern die kapitalistische Wirtschaftsform. Ebenso verhalte es sich mit dem Vorwurf, wir zerstören die Familie. Jeder Arbeiter wäre froh, wenn seine Frau daheim im Hause walten könnte, aber die Not der Zeit zwinge sowohl Frauen wie Kinder, um den Lebensunterhalt zu schaffen, sich außerhalb der Familie zu betätigen. Wenn die Kinder der Arbeiter alle als Menschen aufwüchsen, dann hätten wir ein Volksbewußtsein, Nationalbewußtsein, Heimatbewußtsein. Die Sozialdemokratie wolle auch nicht die Obrigkeit abschaffen, weil sie überzeugt sei, daß eine Obrigkeit in einem jeden Staatswesen sein muß. Man sage der Sozialdemokratie weiter nach, sie wolle teilen, das Eigentum abschaffen. Was ist Eigentum? Das, was ich durch meiner Hände Arbeit erringe. Wenn einer sagt, mein Kapital schafft, so sei das eine Lüge. Die Sozialdemokratie sei nicht für Abschaffung des Eigentums, wohl aber dafür, daß es dem Volksganzen zugute komme.

Im zweiten Teil seines Vortrags behandelte Redner die Gegenseite: „Was hat die Sozialdemokratie der Kirche vorzuwerfen? Die Kirche, namentlich die evangelische, sei durch ihre historische Vergangenheit vom Staate abhängig. Als Luther sich gegen das Unrecht des Papsttums wandte, war er gezwungen, sich an die Fürsten zu wenden, welche sich ebenfalls gegen den Papst zusammengeschlossen hatten, und so kam es, daß die evangelische Kirche in Abhängigkeit zum Staat geriet. Die Kirche habe mit allen Mitteln die Sozialdemokratie verfolgt und bekämpft. Man sage der Kirche weiter nach, daß sie auf Seiten der Besitzenden war, und das war mit ein Grund, daß sich so viele Arbeiter von der Kirche abgestoßen fühlten. Diese Vorwürfe gehören der Vergangenheit an, denn nach § 137 und 139 der Reichsverfassung gebe es keine Staatskirche mehr, die religiösen Gesellschaften verwalten ihre Angelegenheiten selber, und darum sei es nicht recht, wenn man diese Vergangenheitssünden auf beiden Seiten wieder ausgrabe und einander vorwerfe. Die Kirche sei imstande, Volkskirche zu werden; sie könne wenn die Sozialdemokratie nicht mit ihr arbeite, zu einer Hochburg der Reaktion werden wie umgekehrt zu einer solchen für uns, wenn die Sozialdemokratie mit ihr arbeite. Weiter behandelte Redner die Frage: Wie verhält sich Christentum und Sozialismus zu einander? Was wollen beide? Was ist das letzte Ziel des Sozialismus, 1. Die Freiheit jedes einzelnen Menschen, 2. die Brüderlichkeit aller Menschen, 3. das größtmöglichste Glück aller Menschen. Was will das Christentum? 1. Die Freiheit aus Gott, 2. Brüderlichkeit vor Gott, 3. Glück in Gott. Daraus sei ersichtlich, daß beide, Sozialismus und Christentum, gemeinsame Ziele hätten. Wenn ein Mensch diese Gewißheit in sich trage, das ist ein freier Mensch; die freie Persönlichkeit, welche sich nicht kümmert um Meinungen der Menschen, das heißt Christ sein. Gott Vater sage: Alle Menschen gehören zusammen als Brüder zu einer gewaltigen Mehrheit. Auch die arbeitenden Klassen sollen nicht davon ausgeschlossen sein, obwohl sie zum großen Teil abhängig seien von der alles umfassenden Macht des Kapitalismus. Der Sozialismus habe auf sein Programm geschrieben: Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen, weil Arbeit die Grundlage aller Existenzberechtigten sei. Das gelte für alle Menschen, ob arm oder reich. Jesus Christus habe gesagt: Du sollst deine Feinde lieben. Ein gewaltiges Gebot, das aber noch von keinem erfüllt wurde. Die christlichen Staaten England, Frankreich, Amerika usw. hätten ihre Politik auf alles andere eingestellt, denn auf dieses Gebot. Von Feindesliebe und Völkerversöhnung sei bei ihnen keine Spur. Diese sogenannten christlichen Völker seien keine christlichen Völker, sie treiben mit dem Christentum Schindluder. Nur die Sozialdemokratie habe den Mut, für eine Verständigung und Versöhnung, für einen Völkerbund einzutreten. Jesus Christus dachte sich sein Volk nicht als Weltherrenvolk, sondern er wollte es zum Ausgangspunkt einer wirklichen Menschheitszielbestrebung machen. Die Sozialdemokratie sei nicht antinational, sondern im tieferen Sinne national wie Christus, allerdings nicht wie die Deutschnationalen mit dem Untertitel Christl. Volkspartei, welche ihre Kinder als Rächer an England und Frankreich erziehen. Die Kirche sei darauf angewiesen, daß sie sich ändere und Buße tue, sonst gehe sie unter, sie brauche sich nicht sozialisierend einzustellen, sondern nur auf Betätigung wahren Christentums, dann werde sie wieder eine Macht, die mit den Arbeitern an der Weiterbildung des Volkes wirke als wirkliche Volkskirche, sie werde dann nicht vergessen, sondern leben als Hort wahrer Freiheit, Brüderlichkeit und des Glückes hier und dort.

Eine längere Aussprache, an der sich verschiedene Versammlungsbesucher beteiligten, schloß sich an die mit Beifall aufgenommenen Ausführungen des Redners. In dieser Aussprache wurde u. a. der Zwiespalt gekennzeichnet welcher zwischen Kirche und Arbeiterschaft bestehe und es den Arbeitern schwer, ja unmöglich mache, in die Kirche zu gehen. Vom Referenten wurde in Erwiderung der verschiedenen Auslassungen u. a. darauf hingewiesen, daß sich in dieser Beziehung schon manches zum besseren gewendet habe. Nicht immer trage das System die Schuld an diesem Zwiespalt, sondern vielfach jene, welche dagegen schimpfen. In der Hand der Arbeiterschaft liege es, sich Einfluß zu verschaffen, daß eine gründliche Aenderung auf kirchlichem Gebiete Platz greife und die Kirche ein Institut des Volkes werde. In dieser Beziehung verweise er auf den vor kurzem in Pforzheim gegründeten Bund evangelischer Sozialisten, dessen Hauptprogrammpunkte er unter Zustimmung der Anwesenden verlas.

In einem kurzen Schlußwort bedauerte der Vorsitzende den schwachen Besuch, die lehrreichen Ausführungen des Redners, dem er Dank und Anerkennung aussprach, hätten verdient, von allen Kreisen gehört zu werden.

○ **Calmbach**, 29. Mai. Ein strahlender Sommermorgen bricht an. Schon frühe ist es auf den Straßen lebendig, und bald strömen Scharen von festlich geputzten und freudig erregten Menschenkindern dem Gotteshause zu, denn wir hatten heute ein gar seltenes Fest zu feiern, die Weihe unserer neuen Glocken. Vier Jahre lang mußten wir uns mit dem kleinen „Schulglöcklein" begnügen, das bei allen nötigen

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

ernsten Gelegenheiten, freudigen und traurigen, Dienste tat, was das auch früher schon viel mitgemacht hat, denn es wurde schon im Jahre 1438 gegossen. Für die drei dem Kriege zum Opfer gefallenen Glocken wurden nun bei der altberühmten Firma Heinrich Kurtz, Stuttgart, drei neue, etwas größere bestellt und geliefert. Es gab mancherlei Hindernisse zu überwinden, da wie bekannt dank der liebevollen Fürsorge unserer Brüder aus Asien das Glockenmetall recht rar und teuer geworden ist. Aber wir haben hier hochherzige Männer, die dafür sorgten, daß wir nicht zu lange warten mußten: Herr Alfred Gauthier und Herr Friedrich Kebpler stifteten je eine Glocke; die Kosten für die kleinste wurden aus freiwilligen Beiträgen der andern Gemeindemitglieder bestritten. Herr Gauthier hat außerdem noch das Gockenmetall besorgt, sonst hätte es noch eine längere Wartezeit gegeben. So trafen die Glocken am letzten Freitag per Auto ein und wurden vom Kirchengemeinderat, der Schuljugend und vielen Gemeindemitgliedern empfangen und bekränzt. Herr Pfarrer Gonser hielt eine kleine Ansprache, und die Versammelten sangen mehrere Loblieder. Nachmittags hieß es: „Ziehet, ziehet, hebt, sie bewegt sich, schwebt!" Schon nach drei Stunden waren die drei Glocken an ihren Plätzen, und viele Leute spitzten die Ohren, ob sie nicht einen Ton erhaschen könnten, aber erst am Samstag Mittag war Probeläuten, dann schwiegen sie wieder bis zur Weihe. Nach einem einleitenden Gesang des Liederkranzes hielt der Ortsgeistliche eine ergreifende Ansprache über „Die Predigt der Glocke": „Wer Ohren hat zu hören, der höre!" Nun wurde die große Glocke geläutet. Sie wiegt 540 Kg., hat den Ton G und trägt die Umschrift: „Den Brüdern, die gefallen, zum Gedächtnis will ich schallen!" Die zweite Glocke wiegt 330 Kg., hat den Ton B und die Inschrift: „Selig sind die Gottes Wort hören und bewahren!" Die kleinste Glocke wiegt 165 Kg., hat den Ton D und die Inschrift: „Ehre sei Gott in der Höhe!" Jedesmal nach dem Läuten der einzelnen Glocken sang der Kirchenchor oder der Liederkranz einen entsprechenden Chor. Dann läuteten alle Glocken zusammen und erfüllten mit ihren herrlichen Klängen das ganze Tal; das Lob ihres Schöpfers verkündend. — Die Kosten der drei Glocken belaufen sich auf 50 000 Mark. Herzlicher Dank sei auch an diesem Orte allen Spendern, besonders aber den zwei oben genannten edeldenkenden Männern gesagt!

Wildbad, 25. Mai. (Aus der Sitzung des Gemeinderats vom 24. Mai 1921.) Wasserverschwendung. In den höher gelegenen Stadtteilen macht sich hier jetzt schon bei Beginn der Badesaison empfindlicher Wassermangel geltend. Nach einer in den letzten Tagen erfolgten Messung liefern aber die 3 städt. Wasserwerke trotz der anhaltenden Trockenheit immer noch 53,6 Sekundenliter Wasser, so daß auf den Kopf der Einwohnerschaft im Tag noch über 1000 Liter kommen. Nur gewissenlose Wasserverschwendung seitens einzelner Konsumenten trägt daher die Schuld an der augenblicklichen Wasserklemme, die bei einem Brandunfalle die bedenklichsten Folgen haben könnte. Die seither geübte Kontrolle hat sich als ziemlich wirkungslos erwiesen. Da eine wirksame Bekämpfung der Wasserverschwendung nach den Erfahrungen an anderen Orten nur durch die Einführung von Wassermessern möglich ist, sollen Wassermesser nunmehr auch hier und zwar zunächst in allen Gewerbe- und Geschäftsbetrieben eingesetzt werden. Der Gemeinderat beschließt demzufolge, in alle Wasserleitungen für gewerbliche und Luxuszwecke bis längstens 15. Juni ds. Js. Wassermesser einsetzen zu lassen. Der Einbau der Wassermesser erfolgt durch das Stadtbauamt auf Kosten der Hauseigentümer. Auf Wunsch werden die Wassermesser von der Stadt auch mietweise gegen einen monatlichen Mietzins von 1 Mk. 50 Pfg. für Wassermesser bis zu 8 cbm stündlicher Leistung und 2 Mk. für größere Messer überlassen. Die Berechnung des Wasserverbrauchs erfolgt ab 1. Juli ds. Js. nach Angabe des Wassermessers mit 30 Pfg. für 1 cbm. Die Pauschalsätze des Wasserzinstarifs werden vom gleichen Zeitpunkt ab auf das Doppelte erhöht, so daß die Grundtaxe für 1 Wohnung von 1—2 Zimmern mit Küche von 4 Mk. auf 8 Mk. usw. erhöht wird. Den Besitzern der hier noch im Betriebe befindlichen Wassermotoren und mit Wasser betriebenen Personenaufzüge wird die Auflage gemacht, sich bis spätestens 1. Mai 1922 mit elektrischer Betriebskraft zu versehen. Privathaushaltungen, bei welchen 2 mal eine Wasserverschwendung festgestellt wird, werden künftig ohne weiteres mit Wassermesser versehen. Der Gemeinderat hofft durch diese Maßnahmen, die ohne Verzug durchgeführt werden sollten, den großen Schwierigkeiten, die bei weiterem Zurückgang des Wasserstandes durch die Wasservergeudung für den Kurbetrieb entstehen könnten, vorbeugen zu können.

Bekämpfung der Wohnungsnot. Eine hiesige Bauunternehmerfirma erklärt sich bereit, auf dem städt. Grundstück in der Rennbachstraße (untere Hälfte) ein Wohnhaus für 4 Familien zu erstellen, wenn ihr seitens der Stadt die gleichen Vergünstigungen, wie sie der Ortsgruppe der vertriebenen Elsaß-Lothringer in Aussicht gestellt wurden, gewährt werden. Außerdem stellt die Firma das Verlangen, daß sich die Stadt verpflichte, das Wohnhaus nach seiner Fertigstellung um die Baukosten zuzüglich 10 Proz. Unternehmergewinn käuflich zu übernehmen. Der Gemeinderat erklärt von vornherein, daß er auf letzteres Ansinnen nicht eingehen werde. Dagegen steht er im Uebrigen dem Gesuch wohlwollend gegenüber. Da die Wohnungsnot trotz der großen Opfer, die die Stadt durch die Schaffung von 52 neuen Wohnungen jetzt schon gebracht hat, auch hier immer noch zunimmt und sich unter den Bauhandwerkern und Bauarbeitern große Arbeitslosigkeit geltend macht, glaubt der Gemeinderat selbst vor noch größeren Geldopfern zur weiteren Bekämpfung der Wohnungsnot nicht zurückschrecken zu sollen. Er erklärt sich deshalb bereit, dem Gesuchsteller und anderen hiesigen Baulustigen folgende Unterstützungen zu Neubauten zu gewähren: neben den Staatsbeiträgen unentgeltliche Ueberlassung des Bauplatzes, soweit solcher im Besitz der Stadt und für sie entbehrlich ist und Leistung eines Beitrags aus der Stadtkasse im erhöhten Betrage von je 15 000 Mk. für eine Wohnungseinheit von mindestens 3 Zimmer und 1 Küche und von je 12 000 Mk. für eine Wohnungseinheit von 2 Zimmer und 1 Küche. Auf eine Verpflichtung zur künftigen Uebernahme der Häuser nach ihrer Fertigstellung kann sich die Stadtgemeinde nicht einlassen, dagegen behält sie sich das im Beschlusse vom 26. April 1921 festgesetzte Wiederverkaufsrecht bezügl. der von ihr überlassenen Bauplätze vor.

Straßenbeleuchtung. Mit Rücksicht auf den Kurbetrieb wird die Zahl der in Betrieb zu setzenden Straßenlaternen von 35 auf 60 Stück erhöht. Die Anbringung einer elektrischen 500kerzigen Lampe beim Bahnhof zur Beleuchtung des Bahnhofvorplatzes und des Einganges der König-Karl-Straße wird genehmigt.

Vergnügungssteuer. Die Vergnügungssteuer für Rund- und Vergnügungsfahrten in Pferde- und Kraftwagen wird auf 10 Proz. des Fahrgeldes mit Wirkung vom 1. Mai ds. Js. an ermäßigt, da die im Gegensatz vorgesehene Steuerhöhe von etwa 50 Proz. des Fahrgeldes eine Gefährdung, wenn nicht Unmöglichmachung des ganzen Fuhrbetriebs bewirken würde. Die Fuhrhalter und Kraftwagenbesitzer haften für den Einzug und die richtige Ablieferung der Steuer.

Stadt- und Armenarzt. Der mit dem Stadt- und Armenarzt Dr. med. Schwab abgeschlossene Dienstvertrag, nach welchem seine Belohnung als Stadt-, Armen- und Krankenhausarzt ab 1. Oktober 1920 auf 2500 Mk. festgesetzt wurde, wird genehmigt.

Notstandsarbeiten. Dem Gemeinderat wird eröffnet, daß zu den im Stadtwald Sommerberg ausgeführten 2 Waldwegen aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge ein Staatsbeitrag von 43 303 Mk. bewilligt wurde und zu Wohnungseinbauten in verschiedenen städt. Gebäuden ein solcher von 16 000 Mk.

Es folgen verschiedene Verwaltungsangelegenheiten und kleinere Gegenstände.

Württemberg.

Stuttgart, 30. Mai. (Preise für Milch und Milcherzeugnisse.) Von zuständiger Seite wird darauf hingewiesen, daß in Württemberg nicht nur sämtliche landwirtschaftliche Organisationen, sondern auch die Molkereien und Käsereien und der Butter- und Käsegroßhandel ausdrücklich anerkannt haben, daß bei der derzeitigen wirtschaftlichen Gesamtlage die auf 1. Juni ds. Js. eintreffende Lockerung in der Milchbewirtschaftung nicht zu Preissteigerungen benutzt werden darf. Es sollen daher nach den abgegebenen Erklärungen nicht nur die Milchlieferungsverträge zu den bisherigen Preisen abgeschlossen werden, sondern es sollen auch die Verarbeitungsbetriebe sich streng an die gegenwärtigen Milchpreise halten, und von jeder Erhöhung der derzeitigen Butter- und Käsepreise absehen. Deshalb gelten auch nach dem 1. Juni ds. Js. die gegenwärtigen Preise als Marktpreise. Die zuständigen Stellen sind angewiesen, bei Forderung und Gewährung höherer Preise für Milch- und Milcherzeugnisse als der bisherigen auf Grund der Verordnung über Preistreiberei vom 8. Mai 1920 einzuschreiten. (In schweren Fällen Zuchthaus von 1—15 Jahren und Geldstrafe von mindestens 20 000 Mark). Dabei ist es gleichgültig, ob die Milcherzeugnisse aus Milch hergestellt wurden, die vor dem 1. Juni noch zum Höchstpreis oder erst nach dem 1. Juni zum Vertragspreis erworben wird.

Stuttgart, 30. Mai. (Freispruch.) Gegen das Urteil des Schöffengerichts Eßlingen in Sachen der Pfingstfleischgeschichte hatte Stadttierarzt Dr. med. vet. Brenner Berufung eingelegt. Er wurde von der hiesigen Strafkammer unter Zubilligung des Schutzes des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) und unter Uebernahme der Kosten des Verfahrens bei der Instanzen freigesprochen.

Neuhausen a. F., 30. Mai. (Wieder eingefangen.) Bei Stockhausen im Körschtal wurden die kürzlich aus dem Landesgefängnis Rottenburg entwichenen Strafgefangenen, der Schlosser Morasch von Hausen OA. Gerabronn u. der Schmied Müllerschön von Winterbach OA. Schorndorf wieder festgenommen. Die Beiden hatten während der Fronleichnamsprozession in Neuhausen zwei schwere Einbrüche verübt und waren noch im Besitze eines größeren Geldbetrages und wertvoller Schmuckgegenstände. Sie wurden an das Amtsgericht Eßlingen eingeliefert. Die zwei anderen Gauner, die mit entflohen, sind noch nicht gefaßt.

Baden.

Pforzheim, 30. Mai. In der bekannten Falschmünzerangelegenheit sind jetzt noch drei weitere Personen festgenommen worden, unter denen sich noch ein Hauptbeteiligter bezw. Hauptbesteller befindet.

Pfullendorf, 28. Mai. Zur Beobachtung ihres Geisteszustandes ist die wegen Ermordung ihres Vaters in Untersuchungshaft befindliche Luise Schnopp von Pfullendorf in die psychiatrische Klinik Freiburg i. Br. eingeliefert worden.

Säckingen, 28. Mai. Der irdischen Gerechtigkeit hat sich der 25jährige Heinrich Dümer aus Brunnadern entzogen, indem er sich im hiesigen Amtsgefängnis erhängte. Er stand unter dem Verdacht, an der Mordtat in Brunnader an einer bejahrten Witwe beteiligt zu sein.

Mannheim, 30. Mai. Am Sonntag vormittag rannte das Automobil des Fabrikanten Carl Eglau aus Mannheim-Waldhof, Inhaber der Chemischen Fabrik Mechler u. Co., bei Birnheim gegen eine steinerne Brücke. Der Besitzer, der selbst am Steuer saß, blieb auf der Stelle tot, sein Begleiter kam mit dem Schrecken davon. Eglau war 28 Jahre alt.

Vermischtes.

Ein Millionendieb verhaftet. Unter dem dringenden Verdacht, vor etwa fünf Wochen im D-Zug Berlin—Köln Kuxe, Schecks, Diamanten usw. im Werte von mehreren Millionen Mark gestohlen zu haben, ist durch die Siegener Kriminalpolizei der Schlosser Otto Roth verhaftet worden. Roth, der aus Duisburg stammt und sich den Namen Dietrichs beigelegt hatte, war dadurch aufgefallen, daß er versuchte, zahlreiche amerikanische Schecks in Beträgen von über 2000 Dollars bei einer Siegener Bank einzuwechseln.

Wegen Schiffsraub verhaftet. Laut „Berliner Morgenpost" wurde der von den deutschen Behörden wegen Schiffsraubs steckbrieflich verfolgte kommunistische Schriftsteller Franz Jung in Holland verhaftet. Das Hamburger Sondergericht hat den Antrag auf Auslieferung an die holländische Regierung gestellt. Jung hatte vor mehreren Monaten den Hamburger Dampfer Senator Schröder entführt, um ihn nach Sowjetrußland zu bringen.

Beachtenswerte Abnahme des Notenumlaufs. Der Mitte Mai herausgekommene Reichsbankausweis zeigt eine erfreuliche Eindämmung der deutschen Papierflut. Veranlaßt ist diese Eindämmung durch einen für die sonstigen Wirtschaftsverhältnisse Deutschlands immerhin erheblichen Rückfluß an Zahlungsmitteln. Der Umlauf der Banknoten und Darlehenskassenscheinen zusammen hat sich diesmal um 455,7 Mill. Mark vermindert, und zwar der Banknotenumlauf um 280,4 Millionen Mark auf 70 834,2 Millionen Mark, der Umlauf an Darlehenskassenscheinen um 175,3 Millionen Mark auf 9 292,2 Millionen Mark. Die Anlagekosten haben folgende Vermehrung erfahren: Die gesamte Kapitalanlage stieg um 1961,9 Millionen Mark auf 58 292,2 Millionen Mark. Auf der anderen Seite nahmen die fremden Gelder um 88,5 Millionen Mark auf 15 086,6 Millionen Mark zu. Die Darlehensbestände der Darlehenskassen sind nach der bemerkenswerten Entlastung in der Vorwoche weiter von 32 490,7 Millionen Mark auf 29 860,4 Millionen Mark, also um die beträchtliche Summe von 2630,3 Millionen Mark zurückgegangen. — Möge sich diese erfreuliche Aufwärtsbewegung des deutschen Wirtschaftslebens auch in der Preispolitik zum Wohle aller Volksgenossen recht bald fühlbar machen.

Die glückbringende 13. In Marseille besteht ein „Klub der 13", dessen Mitglieder am 13. eines jeden Monats geboren sind, der am 13. in jedem Monat seine Sitzungen hält und 13 Mitglieder besitzt. Um ihre Versammlung am 13. Mai würdig zu begehen, unternahmen diese kühnen Bekämpfer des Aberglaubens eine Fahrt nach Monte Carlo, um die Grundsätze ihres Klubs am grünen Tisch zu beweisen. Sie kamen in einem Wagen angefahren, der die Nummer 13 trug, und begannen ihr Spiel um 13 Uhr 13 Minuten, also mittags 1 Uhr 13. Jedes Mitglied setzte 1300 Franken auf die Zahl 13. Und siehe da! Das Vertrauen, das der Klub satzungsgemäß auf diese ominöse Zahl setzt, wurde nicht zuschanden. Die Einsätze kamen mit einem bedeutenden Gewinn heraus, und jedes Mitglied des Klubs der 13 gewann auf diese Weise 50 000 Franken. Das glückliche Ereignis wurde dann bei einem guten Essen gefeiert, das für die 13 Personen 1300 Franken kostete und bei dem die 13 behaglich miteinander zu Tisch saßen.

Mit dem Brandmal.

Roman von Gebhard Schätzler-Perasini.

40. (Nachdruck verboten.)

Auch in den Wogen des Weltmeeres kann man sterben, wenn Alles zu Ende geht.

Ein unerklärliches Etwas mahnt ihn, das Anerbieten der Gastfreundschaft Mr. Taylors nicht anzunehmen. Seine Empfehlungen an Davis und Jeffersohn sind verloren und er kennt absolut keinen Ausweg, um nach Boston zu gelangen. Mr. Taylor betrachtet mit großem Bedauern seinen unglücklichen Reisegefährten.

Weihold erhebt sich.

„Wohin wollen Sie, Mr. Weihold?" fragt der Amerikaner.

„Zum Kapitän, Sie wissen, er verlangt mich zu sprechen."

„Richtig. Vielleicht weiß er eine Hilfe. Ihr Schicksal erweckt Mitleid allenthalben; er wird Ihnen einen Vorschlag tun, wie der Notlage abzuhelfen ist!"

Trotzdem Taylor sehr vorsichtig spricht, versteht ihn Weihold dennoch. Schon unter der Tür stehend, wendet er sich noch einmal herum. —

„Ich nehme keine Geschenke mehr an, Mr. Taylor", sagte er dumpf. „Von Niemandem."

Die Kabinentür schließt sich hinter ihm.

Taylor hört den müden Schritt über die Treppe schleifen. Er schreitet hastig nach dem Fenster.

Draußen lag eine unermeßliche Wasserfläche, die ihre lechzten Wogen plätschernd gegen die Schiffswand warf.

„Da hängt das Ding noch immer!" lachte der Amerikaner leise. „Ob ich es hereinnehme? Aber wer weiß, was dieser Kapitän dem Deutschen mitzuteilen hat! Warten wir's ab, bis er zurückkommt. Dann ist es noch Zeit genug, den Schatz an sich zu bringen. Sicherer wie dort, ist er nirgend aufgehoben."

Die Wellen kräuseln sich stärker. Wassertropfen, sprühend wie Diamanten, springen auf und bespritzen die eingewängte dunkle Ledertasche.

Mr. Taylor wirft sich unter dem Fenster auf einen Stuhl und berechnet den Tag, an welchem der Dampfer landen muß. Er selbst ist durch den Raub gerettet, der andere wird freilich untergehen. Rasch verscheucht Taylor die Gewissensskrupel. Ein armseliges Menschenleben, wie solche zu Tausenden in den Vereinigten Staaten erlöschen.

Unterdessen ist Weihold vor den Kapitän getreten, der ihn mit eigentümlich lauernden Blicken betrachtet.

„Ich muß noch einmal auf diese leidige Angelegenheit zurückkommen", beginnt er, ohne Weihold einen Stuhl anzubieten. „Sie behaupteten, bestohlen worden zu sein und infolgedessen unterzog ich mein Schiff strengster Nachforschung. Das muß ich bedauern. Ich bin anderer Meinung über diesen Diebstahl."

Weihold starrt den Sprecher ohne Verständnis an.

„Sie sind erst kürzlich aus dem Zuchthaus entlassen. Ist es nicht so?" fährt der Kapitän fort.

Weihold schnellt empor, ohne recht zu wissen, was er sagen soll.

„Lüge! Lüge!" stammelt er heiser.

„Nein, nein! Ich bekam Ihr Entlassungszeugnis in die Hände. Fünfzehn Jahre Zuchthaus, Mann; es wird schon stimmen."

Vernichtet taumelt Weihold gegen die Wand. „Immer der Fluch des Brandmales!"

„Ja", stößt er halblaut hervor. „Es ist wahr! Aber ich habe meine Strafe verbüßt. Niemand darf mir einen Vorwurf machen."

„Ganz recht; ich tue es auch nicht. Jedoch, Sie nicht an Bord zu wissen, wäre mir lieber."

„War es nur dies, was Sie mir mitzuteilen hatten?" fragt Weihold, mit zuckenden Händen durch das ergraute Haar streifend.

„Nein, Mann", antwortete ihm der Kapitän. „Ich wollte Euch sagen, daß ich von allem Anfang an nicht recht an die Geschichte mit der gestohlenen Tasche glaubte. Jetzt, nachdem ich auch noch weiß, wen ich in Euch habe, sage ich offen: Es war ein plump angelegter Schwindel, um auf die Mildtätigkeit der reichen Passagiere einen Druck zu üben. Gebt Euch aber keine Mühe, es ist mißglückt. Das wollte ich Euch sagen!"

Mit geballten Fäusten, Schaum vor den Lippen, stürzt Weihold auf den Kapitän, der ihm plötzlich den Schiffsrevolver entgegenhält.

„Well! Ihr seid ein gefährlicher Burschel Bei dem geringsten Versuch, die Sicherheit der Reisenden zu gefährden, setze ich Euch fest."

Mit einem dumpfen Aechzen bricht Friedrich Weihold in die Knie.

Er beschwört den Kapitän, bei allem was ihm heilig, an die Wahrheit dieser gemachten Aussage zu glauben. Er schwört selbst, niemals an einen derartigen Betrug gedacht zu haben.

Der Kapitän zuckt lächelnd die Schultern.

Ein Sträfling! Diese Menschenklasse darf keinen Anspruch mehr auf Treue und Glauben machen.

„Aber meine Verwundung, Kapitän?" ruft Weihold. „Sollte die auch nur Betrug sein?"

„Die kam euch sehr gelegen, Mann! Haltet mich nicht mehr länger auf. Was ich von euch halte, wißt ihr nun."

Weihold wankt nach der Kabine zurück.

So tief wie heute ist er niemals gedemütigt worden, trotz allem, was ihn begegnete in seinem unglücklichen Leben!

Mr. Taylor legt das Buch, in welchem er studierte, bei Seite und sucht in dem Gesichte des Eintretenden zu lesen.

Der furchtbare Kampf, welcher in der Brust Weihold's tobt, bricht sich Bahn in einem qualvollen Aufschrei, mit welchem der Gepeinigte auf einem Stuhl zusammensinkt. Schwer fällt sein Haupt auf einen Tisch, der vor ihm steht, die mageren Hände pressen die Schläfe. —

„O, wie erbärmlich!" stöhnt er.

So oft er sich auch erheben will aus der Sphäre der Schuld, man tritt ihn aber immer wieder hinunter mit dem Fuß.

„Was ist denn geschehen? Ein neues Unglück?" fragt Taylor nähertretend.

Erst wie er die Hand auf des Anderen Schulter legt, fährt dieser zusammen und starrt dann den Amerikaner an. Plötzlich springt er auf.

„Mr. Taylor! Sie können mir bezeugen, daß ich mein Geld in einer Ledertasche stets bei mir trug! Vor wenigen Tagen sprachen Sie flüchtig davon und lobten diese Vorsicht. Der Kapitän zweifelt an der Wahrheit meiner Aussage, er stempelt mich zu einem elenden Betrüger. Aber, nicht wahr, Sie sahen doch die Ledertasche?"

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 30. Mai. (Börsenbericht vom 30. Mai. — Mitgeteilt von der Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Fil. Stuttgart, vorm. Stahl u. Federer A. G.) Die Haltung der Börse war zum Wochenbeginn mit Ausnahme einiger Schwerte etwas schwächer. Textilwerte, die während der Woche stark gefragt waren, standen heute im Angebot. Außten Baumwollspinnerei Unterhausen 4 Proz. (480 B.), Kammgarnspinnerei Bietigheim 6 Proz. (450 B.), Wollspinnerei Eßlingen 29 Proz. (520), Württ. Kattun Esslingen 30 Proz. (460) nachgeben. Ruhig und wenig verkehrten Bankaktien und Brauereiwerte. Behauptet Maschinenaktien. Eßlinger 316 Proz. (— 2 Proz.) und 410 Proz. (— 1 Proz.). Von den übrigen Industrie- notierten: Cementwerk Heidelberg 318 Proz. (— 6 Proz.), Feinmechanik Tuttlingen 803 Proz. (— 22 Proz.), Adlerwerke 303 Proz. (— 1 Proz.), Stuttgarter Zucker 331 Proz. (— 8 Proz.), während Daimler Motoren mit 190 Proz. (— 5 Proz.) Salzwerk Heilbronn mit 405 Proz. (10 Proz.), Stuttgarter Straßenbahn mit 120 Proz. (12 Proz.), Württ. Kattunwaren Geislingen mit 515 Proz. (15 Proz.) und Ziegelei Ludwigsburg mit 520 Proz. (15) höher lagen. Im Freiverkehr wurden genannt: Deutsche Lastauto 120 G., Deutsche Linoleum 325 G., Fahrzeug Ansbach 180 G. 195 B., Ebinger 125 B., Brauerei Reff 111 ca., Marswerke 163 G., Glas Ludwigsburg 150 G. 160 B., Gebr. Better 210 B. Stark gefragt waren Lauffener Zement bis 295 Proz.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 30. Mai. Der württ. Finanzausschuß hat für die Beteiligung des Staates Württemberg an der Kanal-A.-G. ausgesprochen.

Sigmaringen, 30. Mai. Infolge der Kritik des Landtags an der Tätigkeit der Zentralstelle für Landwirtschaft haben die Mitglieder des Vorstands ihre Ämter niedergelegt.

München, 30. Mai. Die Vertreter des bayerischen und württembergischen Postverbands und der deutschen Postgewerkschaft beschlossen in einer außerordentlichen Reichstagung im Erholungsheim des bayrischen Postverbandes Hindenburg bei Rosenheim den Zusammenschluß der Ortsgruppen 2 bis 6 und des nicht etatmäßigen Personals der Post- und Telegraphenverwaltung zu einer einheitlichen Zentralorganisation für das gesamte Reichspostgebiet. Die neugebildete Organisation nennt sich Deutsche Postgewerkschaft, Sitz München, und ist dem Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossen.

München, 30. Mai. In Trauchgau, in Bayrisch-Schwaben, wurde seinerzeit die Landwirtsfrau Marie Hutter von ihrem Ehemann, seiner Geliebten, deren Bruder und Mutter gemeinsam in ihrem Bette erdrosselt. Die Leiche wurde auf den Dachboden geschafft, um einen Selbstmord vorzutäuschen. Die Tat kam bald ans Tageslicht. Das Volksgericht Kempten verurteilte nun den Ehemann und den Bruder der Magd zur Todesstrafe, ferner den Sohn zweimal zum Tode und die Mutter zu 14 Jahren Zuchthaus.

München, 30. Mai. Im Staatshaushaltsausschuß sollte Ministerpräsident v. Kahr heute die versprochene Erklärung zur politischen Lage und die Einwohnerwehrfrage abgeben. Unter Abg. Giehrl erklärte jedoch vor Eintritt in die Tagesordnung, der Ministerpräsident habe mitgeteilt, daß er noch nicht in der Lage sei, die versprochene Erklärung zu geben. (Unruhe und Gelächter links.) Er werde morgen zu der Angelegenheit Stellung nehmen. — Abg. Timm nannte dieses Verhalten einen eigentümlichen Vorgang. Man wisse man in parlamentarischen Kreisen noch nicht, wie wichtige Angelegenheit Bayerns sich abspiele. Das sei geradezu unerhörter Vorgang. Es bleibe seiner Partei nichts anderes übrig, als dagegen entschieden zu protestieren. Abg. Stang (BVP.) erklärte namens der Koalitionspartei, daß diese es für nötig erachten, in dieser schwerwiegenden Frage ein völlig klares Bild zu erhalten. Das könne morgen gegeben werden. Deshalb beantragte er, über die Frage heute zur Tagesordnung übezugehen. Darauf entstand bei den Unabhängigen und Kommunisten großer Lärm. Einige Zwischenrufe wie: Dann wird die Geschichte über uns (zu den Bürgerlichen) zur Tagesordnung übergehen. Der kommunistische Abgeordnete Aenderl schrie: Das ist ein Skandal sondergleichen! (Ordnungsruf des Vorsitzenden.) Schließlich wurde mit den Stimmen der Koalitionsparteien der Uebergang zur Tagesordnung beschlossen.

Offenbach a. M., 30. Mai. Am Sonntag nachmittag 5 Uhr schlug an der Rumpenheimer Schleuse ein mit drei Männern, einer Frau und einem achtjährigen Knaben besetztes Paddelboot um. Einer der Männer rettete sich durch Schwimmen, die Frau konnte durch ein anderes Boot, das zu Hilfe kam, an Land gebracht werden, während der zweite Mann, der 28jährige Schlosser Wagner aus Fechenheim, mit dem 14jährigen Schüler Heck aus Fechenheim in die Tiefe gerissen wurden und nicht mehr zum Vorschein kamen. Einen traurigen Anblick boten zwei kräftige Männer im Schwimmanzug, die mit zwei Begleitern untätig am Ufer standen und nicht Hand zur Rettung der Ertrinkenden rührten.

Wiesbaden, 31. Mai. Aus einer hiesigen Wohnung ein Gemälde von Rubens im Werte von 200 000 ℳ gestohlen, welches die Anbetung der Heiligen drei Könige darstellt. Als Täter kommen drei junge Leute in Betracht, die sich als Heidelberger Studenten ausgaben.

Essen, 30. Mai. Die 21. Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes, der 467 000 Mitglieder umfaßt, sandte den hart kämpfenden englischen Arbeitskollegen, die täglich unterstützt würden, eine Million Mark aus der Verbandshauptkasse und aus den Bezirkskassen für jedes Mitglied drei Mark zu überweisen. Es seien Abwehrmaßnahmen getroffen, damit die Reparationskohle nicht nach England komme.

Duisburg, 31. Mai. Der Rechtsanwalt Priem wurde zu einem Monat Gefängnis, 10 000 Mark Geldstrafe und Amtsentsetzung bestraft, weil er sich eine Beleidigung gegen einen Vertreter der Besatzungsbehörde hatte zuschulden kommen lassen.

Halle, 31. Mai. Zur Abwehr tarifwidriger Streiks im Baugewerbe, die in der Provinz Sachsen und in Anhalt im Gange sind, sperrte der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe gestern 12 000 Bauarbeiter im Regierungsbezirk Merseburg und Anhalt aus, darunter 8000 auf den Leunawerken.

Berlin, 30. Mai. Die angekündigte Uebergabe deutscher Schatzwechsel im Betrage von 200 Millionen Golddollars an die Reparationskommission ist gestern erfolgt. — Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete, v. Starck, hat sein Abschiedsgesuch eingereicht. — Unter dem dringenden Verdacht, den Mord an der Witwe Emilie Mill und deren Tochter, der Lehrerin Jenny Mill, in einem Abteil zweiter Klasse des Zuges Marienwerder—Marienburg verübt zu haben, wurde in Königsberg der polnische landwirtschaftliche Unternehmer Schipplit verhaftet. — Von polnischen Grenzsoldaten wurde auf Danziger Fischer, die in den Danziger Gewässern fischten, Schüsse abgegeben. Die Fischer retteten ihr Leben nur dadurch, daß sie ihre Netze im Stiche ließen.

Wien, 31. Mai. Wie die Blätter melden, hofft man in interessierten politischen Kreisen, daß die Abstimmung in Salzburg sowohl für den Bundesstaat Oesterreich, als auch für das Kabinett Mayr keine nachteiligen Folgen haben wird, da die Ententevertreter sich vorgestern in Salzburg persönlich davon überzeugten, daß die Bundesregierung alles getan hat, um eine offizielle Beteiligung an der Abstimmung zu verhindern. Diese hat daher rein privaten Charakter. Gegenwärtig hängt für Oesterreich alles davon ab, wie sich der steierische Landtag in der heute stattfindenden entscheidenden Sitzung zur Abstimmungsfrage verhalten wird.

Salzburg, 30. Mai, mittags. Am Gesamtergebnis der Volksabstimmung fehlt nur noch das Resultat aus 20 kleinen Gemeinden. Bis jetzt wurden 96 000 Stimmen gezählt, von denen 95 000 auf Ja und 700 auf Nein lauten; 300 sind ungültig. Die Wahlbeteiligung betrug nahezu 90 Prozent. Die Geistlichkeit des Landes stimmte geschlossen mit Ja. Die Neinstimmen wurden hauptsächlich von Kommunisten abgegeben. In der Stadt Salzburg stimmten 21 000 Wähler mit Ja, 300 mit Nein.

London, 30. Mai. Im Unterhaus erklärte der Attorney-General Sir Gordon Hewart, es liege kein Grund vor, daran zu zweifeln, daß nach Abschluß der gegenwärtigen Reihe der Kriegsbeschuldigten-Prozesse alle erhebliche Fragen einschließlich der gefällten Urteile von den in Betracht kommenden Mächten geprüft werden würden. Vor Eintreffen eines vollständigen Berichts könne er nicht sagen, ob dem Parlament Gelegenheit gegeben würde, über die gefällten Urteile zu verhandeln.

London, 30. Mai. Im Unterhaus erklärte Lloyd George, die Regierung beabsichtige nicht, ein Zwangsschiedsgericht zur Beendigung des Kohlenarbeiterstreiks einzusetzen. Er erklärte ferner, daß eine Verstärkung der Kräfte der Krone in Irland in Aussicht genommen sei.

London, 28. Mai. Reuter vernimmt von japanischer Seite, daß es in Schanghai zwischen amerikanischen und japanischen Seeleuten zu einem Zwischenfall gekommen ist, wobei zwei Amerikaner und ein Japaner getötet wurden. Sowohl von japanischer wie von amerikanischer Seite ist eine Untersuchung eingeleitet.

Washington, 30. Mai. Das amerikanische Repräsentantenhaus hat kürzlich ein Einwanderungsgesetz angenommen, wonach nur 3 Prozent der in Amerika wohnhaften Angehörigen der einzelnen Nationen in diesem Jahr einwandern dürfen. Nach den Statistiken werden im Monat Juni 437 Franzosen, 5023 Engländer und 5299 Deutsche in die Vereinigten Staaten einwandern dürfen.

Um die bayerische Einwohnerwehr.

Berlin, 30. Mai. Wie wir erfahren, wird der Reichskanzler am Mittwoch die Stellungnahme der Reichsregierung zur Einwohnerwehrfrage klipp und klar zum Ausdruck bringen. Bei der bayerischen Regierung besteht durchaus Verständnis für die schwierige Lage, in der sich die Reichsregierung befindet und für die Notwendigkeit der Entwaffnung. Es liegen keinerlei Anzeichen vor, daß sich in der Stellungnahme der bayerischen Regierung etwas geändert hat. Sie bewegte sich vielmehr in der Richtung wie die Reichsregierung. Ueber den Verlauf des gestrigen bayerischen Ministerrats liegen an amtlicher Seite noch keine Nachrichten vor.

München, 31. Mai. Die stattgehabte Mission, die Abg. Held im Auftrage der bayerischen Koalitionsparteien bei der Leitung der Einwohnerwehren unternommen hatte, soll von Erfolg gewesen sein. Eine Versammlung sämtlicher Gauleiter soll ergeben haben, daß die Mehrheit der Einwohnerwehren entschlossen ist, die von der Reichsregierung unter dem Druck des Ultimatums gestellten Forderungen unverzüglich zu erfüllen und die Entwaffnung freiwillig durchzuführen. Die südbayerischen Gewerkschaften forderten energisch die Auflösung und Entwaffnung der Einwohnerwehren. Der Landesvorstand der USP. schloß sich in einer Kundgebung den Forderungen der Gewerkschaften an und erklärte, wenn die Regierung die Einwohnerwehren nicht auflöse, dann würden die Parteiangehörigen im ganzen Lande aufgefordert werden, den Weisungen des Landesvorstandes geschlossen Folge zu leisten.

Das Urteil im zweiten Kriegsverbrecherprozeß.

Leipzig, 30. Mai. Um 1 Uhr verkündigte Senatspräsident Schmidt das Urteil. Der Angeklagte Hauptmann Müller wird wegen Mißhandlung von Untergebenen in 9 Fällen, wegen Zulassung von Mißhandlungen durch Untergebene in 4 Fällen und wegen Beleidigung von Gefangenen in 2 Fällen zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, im übrigen freigesprochen. In der umfangreichen Urteilsbegründung vor dem Reichsgericht führte der Präsident u. a. aus: Die schweren Anschuldigungen sind nicht erwiesen, sondern geradezu widerlegt. Im Gefangenenlager, das sich hinter der Kampffront befand, waren die Verhältnisse die ungünstigsten. Mit Nachdruck betont die Begründung, daß der Angeklagte ein pflichtgetreuer, diensteifriger Offizier war, der den Ehrgeiz hatte, seine Vorgesetzten zufriedenzustellen und der alles getan hat, was in seiner Macht stand, um die nötigen Materialien für das Lager zu beschaffen. Daß der Angeklagte sich zu Ausschreitungen hat hinreißen lassen, ist durch seinen Diensteifer und durch seine Erkrankung an einem Herzleiden veranlaßt. Was die einzelnen Fälle betrifft, so ist angenommen worden, daß eine Meuterei nicht vorlag und daß der Angeklagte sich nicht für berechtigt halten konnte, zur Abwehr der Meuterei so zu handeln, wie er es getan hat. Besonders hervorgehoben wird, daß der von dem englischen Zeugen bekundete Fall der Leichenschändung nicht als erwiesen angesehen wird, daß vielmehr diese Zeugenaussagen glatt widerlegt sind. Im übrigen hat das Gericht die als strafbar angesehenen Handlungen in dem gleichen Sinne beurteilt, wie der Oberreichsanwalt. In den nicht als erwiesen angesehenen Fällen ist auf Freisprechung erkannt worden. Der Zwang der Kranken zur Arbeit ist als der schwerste Fall angesehen worden, als der zweitschwerste Fall das Anbinden. Das Gericht hat die Gefängnisstrafe gewählt, weil es sich um Mißhandlung kranker und unglücklicher, vollständig dem Angeklagten preisgegebenen Gefangenen handelt.

Die Programm-Erklärung der Reichsregierung.

Berlin, 30. Mai. Reichskanzler Dr. Wirth wird am Mittwoch im Reichstag die Regierungserklärung abgeben und das Programm des Kabinetts entwickeln. In großen Zügen wird er in seiner Rede auch das Wirtschafts- und Finanzprogramm entwickeln und bekannt geben, durch welche Monopole und neuen Steuern jene großen Einnahmequellen erschlossen werden sollen, aus denen die finanzielle Deckung der Reparationsleistungen erfolgen soll. Die Vorlagen stehen jedoch, wie die „B. Z." behauptet, innerhalb der Reichsregierung noch zur Beratung, und es scheint, daß zwischen den Anschauungen und Vorschlägen des Reichswirtschaftsministeriums auf der einen und denen des Reichsfinanzministeriums auf der anderen Seite nicht unerhebliche Differenzen noch bestehen, die ausgeglichen werden müssen. Die Entscheidung wird in den beiden Kabinettssitzungen fallen, die heute und morgen stattfinden und die ausschließlich der Reparationsfrage und dem Finanzprogramm gewidmet sein sollen.

Aus Oberschlesien.

Berlin, 31. Mai. Die Stadt Kattowitz ist erneut ohne Wasser. Die Polen haben gestern Abend wiederum die Wasserleitung unterbrochen. Wegen der Erschießung harmloser Spaziergänger durch Insurgenten in den Außenbezirken von Gleiwitz kam es in der Stadt zu großen Demonstrationen der deutschgesinnten Bevölkerung, in deren Verlauf englischen und italienischen Offizieren begeisterte Huldigungen dargebracht wurden. Die Oppelner Ortsgruppe der kommunistischen Partei erläßt in der „Oppelner Zeitung" eine Erklärung, in der sie sich gegen die Meldung auswärtiger Blätter über eine Verbrüderung der Kommunisten mit den Insurgenten wendet. Mitglieder der Kommunistischen Partei seien bei der Abstimmungspolizei und beim Selbstschutz vertreten. Wie die Ortsgruppe erklärt, seien die Kommunisten in den Selbstschutz eingetreten aus Gründen der Menschlichkeit und um zu verhindern, daß aus Oberschlesien ein Trümmerhaufen werde. Die Ortsgruppe betont weiter, daß sie sich den Vorstellungen der anderen deutschen Parteien bei der Interalliierten Kommission angeschlossen habe. — Nach einer von der „Vossischen Zeitung" widergegebenen Oppelner Meldung ist in Kreisen der interalliierten Kommission von der angeblichen Unterwerfung Korfantys, insbesondere von einem Angebot der Waffenniederlegung nicht das mindeste bekannt. — Der vermutlich demnächst dem Obersten Rat vorliegende Plan über eine vorläufige Dreiteilung Oberschlesiens begegnet, nach der „Voss. Zeitung", in sämtlichen oberschlesischen Kreisen der schärfsten Ablehnung, da nach dem Eintreffen der englischen Division die interalliierte Kommission über genug Kräfte verfügt, um ihre Autorität im ganzen Abstimmungsgebiet durchzusetzen.

Protest der Gewerkschaften Oberschlesiens an die interalliierte Kommission.

Oppeln, 30. Mai. An die Interalliierte Komission ist gestern vom Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund, dem Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Gewerkschaftsring folgende Beschwerde gerichtet worden:

Die interalliierte Komission hat am Donnerstag, den 19. Mai also vor 10 Tagen, den unterzeichneten Gewerkschaftsvertretern in Oppeln das Versprechen gegeben, daß die interalliierten Mächte Maßnahmen getroffen haben und noch treffen werden, um dem gegenwärtigen Zustand ein Ende zu bereiten. Zur Prüfung der vorgetragenen Leiden der oberschlesischen Bevölkerung, insbesondere der Einwohnerwehr der Stadt Kattowitz, wurde von der interalliierten Kommission der Oberbefehlshaber der interalliierten Truppen nach Kattowitz gesandt. Der Oberbefehlshaber war wiederholt einige Stunden in Kattowitz. Irgend eine erkennbare Tat ist jedoch nicht in Erscheinung getreten. Zur Absperrung der Lebensmittel, der Milch für die Säuglinge, jeden Verkehrs und zu den täglichen Gewalttätigkeiten ist seit dem 21. Mai noch die Absperrung des Wassers hinzugekommen. Die Sterblichkeit nimmt zu. Die interalliierten Lokalbehörden haben den Vertretern der oberschlesischen Bevölkerung gegenüber nur Worte und sehen dem verbrecherischen Treiben der Insurgenten tatenlos zu. Kein Bürger ist seines Lebens sicher. Nach wie vor verkehren die französischen Soldaten mit den Insurgenten in der freundschaftlichsten Weise. Wir warnen die Interalliierte Kommission noch einmal, denn sie trägt die Verantwortung vor dem Gesetz und dem Gewissen der Welt.

Ein Reichstagsabgeordneter von den Polen verschleppt.

Blättermeldungen aus Oberschlesien zufolge sind aus dem von den Franzosen besetzt gehaltenen Stadteil von Königshütte eine große Anzahl angesehener deutscher Bürger von den Polen verschleppt worden. Unter den Verschleppten befindet sich auch der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Hartmann, der leitender Arzt des Knappschaftslazaretts Königshütte ist. Der Reichspräsident hat, wie der „Vorwärts" hört, bereits durch das Auswärtige Amt Schritte unternommen, um die interalliierte Kommission zur Befreiung des 65 Jahre alten Abgeordneten zu veranlassen.

Die polenfreundliche Politik der Franzosen.

Während Reuter zufolge General Lerond berichtet, daß bewaffnete Deutsche weiter in Oberschlesien einrücken, erklärt der Berichterstatter der Times" in Oppeln, daß die Grenze auf der deutschen Seite jetzt so befriedigend wie nur irgend möglich geschlossen sei. Die Disziplin der Leute des Generals Höfer sei gut, und es bestehe kein Zweifel daran, daß General Höfer sie fest in der Hand habe. Das ist, „Daily Telegraph" zufolge, bei den polnischen Insurgenten nicht der Fall, über die Korfanty in zahlreichen Bezirken keine Kontrolle mehr besitzt und die daher Eisenbahnstationen in Brand setzen, Städte ausplündern und die Schlösser plündern.

Laut „Times" ist die Lage hinsichtlich des Zusammenwirkens zwischen den britischen und französischen Truppen in Oberschlesien sehr heikel. Die Franzosen haben bisher der polnischen Besetzung so gut wie keinen Widerstand entgegengesetzt. Wenn die Franzosen ihre Politik nicht änderten, bestehe die ernste Gefahr eines Zusammenstoßes zwischen den geringen britischen Streitkräften und den Aufständischen.

Vier Fragen an General Lerond.

Wie das „Echo de Paris" mitteilt, hat die Botschafterkonferenz dem General Lerond in Oppeln folgende vier Fragen gestellt:

1. Welche Maßnahmen schlägt General Lerond vor, um die Besetzung einer verbindenden Zone zwischen der deutschen und der polnischen Front durch alliierte Truppen sicherzustellen?

2. Kann General Lerond zur sofortigen Besetzung dieser Zone schreiten, ohne die englischen Verstärkungen abzuwarten?

3. Entspricht der Vorschlag Percival und de Marini der augenblicken Lage, und kann er angesichts der Ereignisse nützlich sein?

4. Ist Korfanty und das Exekutivkomitee, dessen Präsident er ist, wirklich Herr der polnischen Bewegung, oder herrscht Disziplinlosigkeit unter seinen Anhängern und Kämpfern?

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Württ. Amtsgericht Neuenbürg.

Im **Handelsregister**, Abt. für Ges.-Firmen, Bd. II, ist eingetragen worden:

Gemeinnützige Baugesellschaft mit beschränkter Haftung Birkenfeld, in **Birkenfeld**.

Der Gegenstand des Unternehmens ist ein gemeinnütziger und besteht in der Beschaffung gesunder und billiger Kleinwohnungen besonders für die minderbemittelte Bevölkerung. Die Häuser werden an die Bewerber zu Eigentum, in Miete oder in Miete mit Kaufanwartschaft abgegeben.

Das Stammkapital beträgt 40000 ℳ — (vierzigtausend Mark). Der Gesellschaftsvertrag ist am 29. April 1921 geschlossen und § 13 desselben am 17. Mai 1921 abgeändert worden.

Geschäftsführer ist:

Sattlermeister **Karl Bollmer** in **Birkenfeld**.

Die Veröffentlichungen der Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Den 19. Mai 1921. Oberfekretär Dürr.

Dampfwalzbetrieb.

Zwei Dampfstraßenwalzen werden am **2. Juni** die Staatsstraße von **Enzklösterle nach Liebenzell** befahren.

Den Lenkern von Fuhrwerken wird beim Begegnen der Dampfwalzen besondere Vorsicht empfohlen.

Calw, den 30. Mai 1921.

Straßen- und Wasserbauamt.
J. V.: Geiger.

Gemeinde Schwann.

Wegen Vornahme von Grabarbeiten für Wasserleitungszwecke wird die sogenannte **Kerngasse** — Endstrecke der Niebelsbacher Straße — **vom 1. bis 7. Juni ds. Js.** für den Fuhrwerksverkehr

gesperrt.

Schultheißenamt.

Achtung!

Vereinigung vertriebener Elsaß-Lothringer

Ortsgruppe Neuenbürg und Umgebung.

Am **Mittwoch, den 1. Juni 1921,** findet im **Gasthaus z. „Anker“** in Neuenbürg eine

Vollversammlung

statt.

Abschiednahme des Schriftführers Herrn **Fischer** und Vorstellung seines Nachfolgers Herrn **A. Stern**.

Verschiedenes.

Es wird gebeten, recht zahlreich und **punkt ½8 Uhr** zu erscheinen.

Der Vertrauensmann.

An die Mitglieder des Bezirkswirts-Vereins Neuenbürg.

Der geplante Besuch der **Wirtsgenossenschafts-Ausstellung in Stuttgart** per Auto findet **nicht statt**, da vorerst keine Personentariferhöhung der Eisenbahn ab 1. Juni in Kraft tritt.

Der Vorstand.

Vieh-Verkauf.

Am Mittwoch, den 1. Juni 1921,
von vormittags 7 Uhr ab,
stehen in unseren Stallungen
im Gasthaus z. „Löwen“ in **Calw**
ein sehr großer Transport

erstklassig. schwerer hochträchtiger Kalbinnen, junger Milchkühe, trächtiger Kühe, Kälberkühe, sowie erstklassiges Jungvieh

zum Verkauf, wozu Liebhaber zu Kauf und Tausch freundlichst einladen.

Rubin, Max und Salomon Löwengardt.

Rollbahngleis,

50 bis 60 m, Spurweite 60 cm, kauft (auch einzeln)

Adolf Oberst, Steinbruchbetrieb, Ittersbach,
Telefonanschluß Ellmendingen 7.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Butter-Verkauf.

am **Mittwoch, den 1. Juni,** vorm. 8 Uhr an Nr. 393 bis 480, 8½ Uhr an Nr. 481 bis 570, 9 Uhr an Nr. 571—660, 9½ Uhr an Nr. 661 bis etwa zum Schluß.

Städt. Lebensmittelstelle.

Neuenbürg.

Zu verkaufen:

Ein polierter **Tisch, Spiegel, Porträts, 1 Regulator, Gallerien und sonstiger Hausrat, neue Bettüberzüge und leere Flaschen,** alles in gutem Zustande.

Frau **Fieß, Witwe,**
an der Brücke.

Schömberg.

Eine Saaltochter, ein Zimmermädchen und ein Hausmädchen

gesucht.

Schwarzwaldheim, Schömberg
(Station Höfen).

Christlich gesinntes

Mädchen oder Frau,

die einem kleinen Haushalt selbständig vorstehen kann, für sofort gesucht; Gehalt nach Uebereinkunft.

F. Kwischus, Fischmeister,
Fischzucht G. m. b. H.,
Calmbach.

Zukunft!

Glück, Reichtum, Eheleben, Charakter wird nach Astrologie (Sterndeutung) berechnet. Nur Geburtsdatum und Schrift einsenden. Viele Dankschreiben aufzuweisen. Preis 9 ℳ, Nachnahme 10 ℳ.

Schaub, Hannover,
Ulanenstr. 3.

Gelegenheitskauf!

Zwei schöne, dunkel eichen **Bettstellen,** 2 polierte, extra starke **Bettstellen,** 2 gleiche, schöne **Polster-Betträste,** dreiteilige **Kapokmatratze, 2 Roßhaarmatratzen** und **andere Matratzen** u. s. w. billigst.

Schöttle, Pforzheim,
Dillsteinerstr. 18, Tel. 2165.

Parkett- und Linoleum-Wichse,

sehr gute Qualität, von 10 Mk. die Pfunddose an

Drogerie Huthsteiner.

Wildbad.

Verkaufe einen starken

Einspänner-Wagen

(Basterwagen) zu bill. Preis.

Fritz Keßler.

Igelsloch.

Eine schwere

Kälber-Kuh

samt Kalb

hat zu verkaufen

Johann G. Burkhardt.

Eine schöne

Zukunft

Reicht., Heirat, Ehe n. Stern, Neue Wege z. Glück. Neuartige Ausarbeitg. Charakter n. Handschr. Nur Geburtsd. u. Schrift einsenden.

Böhm, Hannover 339,
Schließfach 124.

Sämtliche

Schulartikel

und

Schulbücher

vorrätig in der

C. Meeh'schen Buchhandlung,
Inh.: D. Strom.

Schul-Anzüge

aus dunklem Zwirnstoff, hochgeschlossen zu **65.-** ℳ

Fabrik-Niederlage

H. Kratzmüller, Pforzheim
Leopoldstr. 7a.

Kücken

habe ich laufend zu verkaufen. Preis 1. Tag 10 ℳ jeder weitere Tag 30 ₰ mehr.

Wilh. Pürrler, Brut-anstalt, **Pforzheim,**
Bohrainstr. 8, Eingang Kaiserfriedrichstraße 99.

Visitenkarten

liefert rasch und billig

die C. Meeh'sche Buchdruckerei.

Neuenbürg, den 30. Mai 1921.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unsere liebe Mutter, Groß- u. Schwiegermutter

Katharine Kallfaß, Witwe,

heute Nachmittag ½5 Uhr nach kurzem, schweren Leiden entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung: Mittwoch nachmittag 5 Uhr.

Bernbach, den 31. Mai 1921.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unsere liebe Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Berta Wildemann,

nach kurzem, schweren Leiden im Alter von 21½ Jahren sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten:

Die Eltern: **Karl Wildemann und Frau.**
Die Schwäger: **Heinr. Brüderlin u. Frau,** geb. Wildemann
Friedrich Ruf und **Frau,** geb. Wildemann
Die Schwester: **Marie Wildemann.**
Der Bruder: **Aug. Wildemann.**

Beerdigung Mittwoch nachm. ½2 Uhr.

Pflastersteine, Hausteine,

sowie **alle anderen Steinbrucherzeugnisse** liefert Quantum

Adolf Oberst, Steinbruchbetrieb, Ittersb.
Telefonanschluß Ellmendingen 7.

Vieh-Verkauf.

Wir haben

von Donnerstag morgen 7 Uhr ab im Gasthaus zum „Ochsen“ in Höfen

wieder einen

frisch eingetroffenen Transport

erstklassiger, junger Milchkühe, Kälberkühe sowie eine große Auswahl gutgewöhnter, hochträchtiger Kalbinnen und Kühe

zum Verkauf, wozu Liebhaber freundlichst einladen

Löwengardt, Rexingen.

Zement-Maschinen-schlackensteine.

Durch Zementfreigabe liefere fortlaufend neue

Ia. **Maschinenschlackensteine**

in fester haltbarer Qualität für Innen- und Außenmauern in jedem Quantum, auch in Waggonladungen mit eigenem Gleisanschluß. Besichtigung erwünscht.

Aug. Feiler, Dampfsäge- und Hobelwerk, Pforzheim,
beim Durlacher Uebergang. — Telefon 2864.

Amtliche Kurse

mitgeteilt von der Bankfirma **Baer & Glend,** Karlsruhe i. B.

5	Proz. Kriegsanleihe . .	77½	Allgem. El. Akt.	293½
4	„ Bad. Eisenb. Anl.	73½	Paketfahrt „	166
3½	„ do. conv.	67½	Nordd. Lloyd Akt.	145
4	„ Bayern	78	Pößnitz Akt.	699
4	„ Württemberger .	80	Bad. Anilin u. Soda Akt.	520
			Deutsche Kali-Akt.	330

Devise Schweiz 100 Francs — Mk. 1100
„ Holland 100 Gulden — Mk. 2164